

Klimawahl 2021: Kohlefreunde und Gegner der Erneuerbaren Energien abwählen

Liebe Klimafreunde und Mitstreiter für einen weiterhin von Menschen bewohnbaren Planeten. Die nächste Bundesregierung entscheidet mit ihrem Maßnahmen, ob die Ziele des Pariser Weltklimagipfels noch eingehalten werden können oder nicht.

Deswegen mischt KUS sich in diesen wichtigen Bundestagswahlkampf ein. Manche Politiker, die bisher alles getan haben, um den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu verhindern und damit das Weiterlaufen der Kohlekraftwerke zu ermöglichen, gerieren sich jetzt plötzlich als besorgte Klimaschützer.

Wir möchten zwei prominente Einzelbeispiele herausgreifen und zwei Parteien besonders unter die Lupe nehmen.

CDU

Armin Laschet, Kanzlerkandidat der CDU und Ministerpräsident von NRW. Als Ministerpräsident hat er es noch ermöglicht, dass Datteln IV ans Netz geht, kurz nachdem der Kohleausstieg der Bundesregierung verabschiedet wurde. „Kohlekraftwerk Datteln 4 bleibt Schwarzbau“ titelt Klimareporter: Das Oberverwaltungsgericht Münster hat heute den Bebauungsplan für das Steinkohlekraftwerk Datteln 4 für unwirksam erklärt.

Das Gericht hat die Revision nicht zugelassen, [Bericht bei klimareporter](#).

Das ist eine Schallende Ohrfeige für Armin Laschet.

Wie oft sich Laschet mit der Kohlelobby getroffen hat, kann man bei Greenpeace nachlesen: [Armin Laschet und die Kohle-Lobby](#)

Laschet sagte im Sommerinterview des ZDF als er zum Kohleausstieg befragt wurde: „Aber wir haben eine Kohlekommission gehabt mit Wissenschaftlern, mit Greenpeace, mit dem BUND, mit Professor Schellnhuber, einer der renommiertesten Klimaforscher - und die haben das Datum 2038 vorgeschlagen, weil sie die ökologischen, aber auch die sozialen Fragen insbesondere in der Lausitz, im Osten Deutschlands im Blick haben.“ [Bericht im Merkur](#).

Der BUND-Vorsitzende Olaf Bandt erklärte dazu: „CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet lügt oder ist falsch informiert, wenn er behauptet, BUND und

Greenpeace hätten in der Kohlekommission 2038 für den Kohleausstieg vorgeschlagen. Ganz im Gegenteil: Wir haben immer klargemacht, dass ein so spätes Ausstiegsdatum für ernsthaften Klimaschutz viel zu spät ist und deshalb auch in einem Sondervotum einen Kohleausstieg bis spätestens 2030 gefordert.“

Zur Windkraftbilanz von Armin Laschet hört man in den [WDR Nachrichten](#): Im Jahr des Regierungswechsels 2017 sei der Ausbau besonders gut gewesen, da habe man die 900 Megawatt erreicht. Doch danach seien die Zubauzahlen massiv abgesackt, 2018 waren es nur noch 355 Megawatt und 2019 habe es dann den Tiefpunkt mit 125 Megawatt gegeben.

Vor zweieinhalb Jahren konstatierte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident noch: „Aus irgendeinem Grund ist das Klimathema plötzlich ein weltweites Thema geworden.“

Jetzt hat Laschet weniger als vier Wochen vor der [Bundestagswahl](#) – ein Klimaschutzteam vorgestellt – ziemlich spät. Wiebke Winter, Mitglied, hat erst Tage davor erfahren, dass Sie beim Team dabei ist. Wie will das Team die Ziele erreichen?

„Wir setzen auf die Stärke des Marktes mit Freiheit und Deregulierung und setzen auf Teilhabe für alle mit sozialem Ausgleich.“ Unter anderem durch Abschaffung des EEG, des weltweit erfolgreichsten Energiegesetzes!

Nach den schlechten Umfragewerten hat Laschet in größter Not ein "Zukunftsteam" präsentiert. Es ist eher ein Verzweiflungsteam, das schon am 26. September Vergangenheit statt Zukunft sein dürfte. Mitglied im Zukunftsteam: Friedrich Merz, Mitglied des Wirtschaftsrats der CDU. Für Nicht-Eingeweihte: Der Wirtschaftsrat der CDU ist ein Lobbyverband der Wirtschaft mehr dazu bei [Lobbycontrol](#) und hat mit Leuten wie Dr. Joachim Pfeiffer und Staatssekretär Thomas Bareiß konsequent gegen den Ausbau der Wind- und Solarenergie gearbeitet. Soviel zum Klimaschutzler Laschet.

Nun zum Erneuerbaren Energien (EE). Gegner Staatssekretär Thomas Bareiß, laut dem [Buch Die Klimaschmutzlobby](#) Teil des Bermudadreiecks der Erneuerbaren Energien.

Thomas Bareiß ist auch Mitglied im Wirtschaftsrat der CDU. Vor seiner Zeit als Staatssekretär war er im Beirat von „Zukunft Erdgas“ die in „Zukunft Gas“ umbenannt wurde. [Lobbycontrol](#) fasst seine Tätigkeit wie folgt zusammen: „Bis er Staatssekretär wurde und daher seine Nebentätigkeiten aufgeben

musste, war auch **Thomas Bareiß** Mitglied im Beirat, damals noch in seiner Rolle als Beauftragter für Energiepolitik der CDU/CSU. Bareiß hat sich einen Ruf als Gegner der Energiewende erarbeitet und gilt als starker Befürworter von Gas als Brückentechnologie. Er hat als Staatssekretär die Wasserstoffstrategie für das BMWi (Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie) verantwortet – und damit auch die positive Rolle, die blauer Wasserstoff dort spielen sollte. Auch wenn Bareiß jetzt nicht mehr im Beirat von Zukunft Gas sitzen darf, bleibt der dem PR-Verband treu. So war er zum Beispiel Referent auf dem Symposium Zukunft Gas-Mobilität 2020, das Zukunft Gas alljährlich veranstaltet.

Für Irritationen sorgt auch Bareiß' Aserbaidshen-Engagement, laut Campact „Mitten in der Corona-Pandemie hat er sich über Beatmungsgeräte für die Öldiktatur [erkündigt](#) – noch bevor die Krankenhäuser im eigenen Wahlkreis ausreichend versorgt waren. Reisen auf Kosten einer aserbaidshenischen Lobbyfirma, inkorrekte Angaben über seine [Verbindungen zum Regime](#) – **bis heute sind viele Fragen ungeklärt.**“

Wie Laschet ist auch Bareiß ein wahrer Kämpfer für das Klima, allerdings nur, wenn es einen Planeten B gibt.

Im Verkehrsbereich fordert die CDU eine „Verkehrspolitik ohne Ideologie“ Herr Dr. Kaufmann hat bei einer Veranstaltung der Mobilitätswende BW und KUS präzisiert: Die CDU will den Bau des Nordoststrings, den Bau der Filderauffahrt und die Umsetzung der Projekte aus dem Bundesverkehrswegeplan. Die CDU spricht sich ganz ideologiefrei gegen ein Tempolimit aus.

Leider können damit die Pariser Klimaziele nicht eingehalten werden, stattdessen business as usual –weiter so!

FDP

Freiheit ist der zentrale Begriff der FDP. Freiheit bedeutet für die FDP seit jeher möglichst wenige staatliche Eingriffe in persönliches Leben und Wirtschaft. Steuererhöhungen abzulehnen, ist daher eine zentrale Forderung, auch wenn es seltene Ausnahmen gibt. Die Freiheit scheint aber nur kurzfristig für die jetzige Generation zu gelten. Was mit der Freiheit der nächsten Generation, die sich mit der Klimakrise mit drastischen Freiheitsbeschränkungen gegenübersehen wird, scheint für die FDP keinen Gedankenwert zu sein. Das hat auch nicht das [Urteil des Bundesverfassungsgerichtes](#) geändert.

Wie bei den Wirtschaftsthemen setzt die FDP beim Klimaschutz auf die freie Marktwirtschaft. Dass die Klimakrise das größte Marktversagen der freien Marktwirtschaft darstellt, ist bei der FDP noch nicht durchgedrungen.

Die FDP tritt für eine Ausweitung des **Emissionshandels** ein. Demnach soll die Politik vorgeben, wie viel CO₂ im Jahr verbraucht werden darf. Für den Ausstoß müssen dann Zertifikate erworben werden. Es scheint bei der FDP noch nicht bekannt zu sein, dass der Emissionshandel bisher versagt hat und die Energiekonzerne tausende von Emissionsrechten umsonst bekommen haben, und damit kostenfrei das Klima zerstören konnten, wobei sie zusätzlich noch von der EEG-Umlage befreit waren.

Verkehr

Die FDP lehnt **Tempolimits** und **Dieselfahrverbote** ab. Der **Verbrennungsmotor** soll erhalten bleiben und mit synthetischen Kraftstoffen betrieben werden können. Das verbirgt sich hinter dem Wahlslogan: „Für mehr Freude am Erfinden als am Verbieten.“

Um E-Mobilität zu stärken, sollen die Subventionen für E-Autos gestrichen werden und stattdessen **Schnellladesäulen** flächendeckend ausgebaut werden. Beim **Bahnverkehr** setzt die FDP auf weitere **Privatisierung**. Während das Schienennetz weiter vom Bund betrieben werden soll, soll der Bahnbetrieb verkauft werden.

Woran es bisher allerdings fehlt, sind Aussagen zur Finanzierbarkeit. Keine Steuererhöhungen, Steuersenkungen, keine neuen Schulden – die FDP hofft zwar, durch Entlastungen Wirtschaftswachstum zu erzeugen und dadurch auch mehr Liquidität zu schaffen.